

Avanti ²

Theoriebeilage
Gesundheitsschutz:
 Was heißt
 „Gute Arbeit“?

ISO Rhein-Neckar



Foto: www.flickr.com/photos/marcwathieu/8268298166, M. Wathieu, CC BY-NC 2.0.

SDS Plakat 1968.



Foto: Avanti?

Plakat in Tübingen, 29. September 2019.

Kapitalismus schadet - nicht nur dem Klima

E. B.

Die etablierte Politik (mit Ausnahme der blau-braunen AfD) tut so, als ob sie den Klimawandel bekämpfen wolle. Aber sie stellt nicht das System der Profitmaximierung infrage. Dies ist aber die entscheidende Ursache für die drohende Klimakatastrophe. Sie kommt uns teuer zu stehen.

Allein eine hartnäckige Massenbewegung für ökologische und soziale Gerechtigkeit kann die erforderliche radikale Wende durchsetzen. Dabei ist ein demokratisch koordiniertes und geplantes Vorgehen in allen entscheidenden Bereichen unabdingbar.

Das betrifft zu allererst den Umbau der Energieerzeugung und Energienutzung. Er erfordert die bestmögliche Verringerung des Energieverbrauchs und die kontinuierlich gesteigerte Energieeffizienz in allen Sektoren. Deshalb müssen die großen Energiekonzerne vergesellschaftet werden. Der endgültige Verzicht auf alle Spielarten von Atomenergie (Kernfusion!) und der konsequente Ersatz fossiler Brennstoffe durch saubere und erneuerbare Energieträger ist ein Muss.

Zweitens ist im Verkehrswesen eine wirkliche Umkehr erforderlich. Weg vom Individual- und vom Flugverkehr, hin zum systematischen Ausbau des schienengebundenen öffentlichen

Personen- und Güterverkehrs sowie des Fuß- und Fahrradverkehrs in den Städten.

Drittens ist die Produktion von sozial und ökologisch nützlichen Gütern vorrangig. Das bedeutet Schluss mit der Vergeudung von Rohstoffen für nicht haltbare, überflüssige und gefährliche Erzeugnisse und deren Verpackung.

Viertens ist ein Umbau der Forst- und Landwirtschaft unabdingbar. Die Agroindustrie ist durch den Ausbau eines ökologischen, genossenschaftlich organisierten Systems zu überwinden.

Fünftens kann durch den Kampf gegen die Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur eine neue Perspektive entstehen. Nämlich die einer direkt-demokratischen, ökologischen und solidarischen Gesellschaft, deren Grundlage eine bedürfnisorientierte Wirtschaft ist. Der gesellschaftliche Reichtum kommt dann allen und nicht nur einer winzigen Klasse von Reichen und Superreichen zugute. ■

INHALT

TITEL

- 01 KLIMAWANDEL**
Wie bekämpfen?

EDITORIAL/INHALT/GESUNDHEIT

- 02 ASBEST**
Protest gegen tausendfachen Mord

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

- 03 BR-MOBBING 1**
Wie Gegenmacht stärken?

- 04 BR-MOBBING 2**
Rechtsbruch stoppen!

PFLEGE

- 05 PFLEGENOTSTAND**
Höhe der Profite unantastbar?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

im Herbst fallen nicht nur die Blätter. Es fallen auch immer mehr die Hemmungen – bei den Herrschenden, ihrem politischen Personal und ihren faschistischen Reservetruppen. Die Krisen des weltweiten Kapitalismus führen auch hierzulande zur weiteren Verschärfung des Klassenkampfes von oben.

Firmenleitungen in vielen Branchen kündigen massenhaften Personalabbau an, um ihre Profitziele übertreffen zu können. Die braun-blaue AfD feiert einen Wahlerfolg nach dem anderen – und marschiert unter ihrem Führer Höcke immer frecher in Richtung Faschismus 2.0.

Umso wichtiger ist es, sich geduldig für praktisch wirksame Projekte der Gegenwehr einzusetzen.

Wir beschäftigten uns deshalb erneut mit den Protesten gegen die Klimakatastrophe. Zudem berichten wir über den Widerstand gegen die Bekämpfung von Betriebs- und Personalräten, und wir setzen uns mit dem aufhaltsamen Aufstieg der AfD auseinander.

In der Theoriebeilage befassen wir uns mit der Notwendigkeit des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz.

Wir hoffen sehr, mit diesen und den anderen Inhalten der November-Ausgabe auf Euer Interesse zu stoßen.

Eure Redaktion

INHALT

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

- 06 KURDISTAN**
Krieg gegen Menschenrechte

POLITISCHE BILDUNG

- 07 RECHTSRUCK**
Nazis auf der Überholspur?

RÜCKBLENDE/TERMINE

- 08 VOR FÜNFZIG JAHREN**
Wilde Streiks in Deutschland

- 08 TERMINE**

THEORIEBEILAGE

- 01 GESUNDHEITSSCHUTZ**
Was heißt „Gute Arbeit“?

Asbest tötet!

H. N.

In der Öffentlichkeit ist der Asbest-Skandal kaum bekannt. Mehr als 2,5 Millionen Menschen sind hierzulande bisher mit Asbest in Berührung gekommen. Zwar ist der Stoff offiziell seit 1993 in Deutschland verboten, aber erst jetzt ist ein Höchststand der durch Asbestfasern verursachten Krebserkrankungen zu verzeichnen. Die genaue Zahl der Asbesttoten ist bezeichnenderweise nicht bekannt. Wahrscheinlich sind es jedoch mehrere Tausend pro Jahr.

Todkranke Asbestopfer müssen auch heute noch um ihre Rechte kämpfen. Nur etwa 40 % der angezeigten asbestbedingten Berufskrankheiten werden anerkannt.

Am Rande des „Nationalen Asbestdialogs“ hat deshalb am 25. Septem-

ber in der Berliner Invalidenstraße erstmals eine öffentliche Protest- und Infoaktion stattgefunden. Dazu aufgerufen hatte der Bundesverband der Asbestose Selbsthilfegruppen / Verband der Asbestopfer in Deutschland.

Den Anstoß dazu hatten Mannheimer Metaller gegeben. Mit Transparenten und Flugblätter klärten die rund 30 Aktiven über die tödlichen Gefahren von Asbestfasern und die extreme Lage der Opfer auf. ■



Asbestaktion in Berlin, 26. September 2019.

Foto: Privat.

Bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ Stopp der illegalen Bekämpfung von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen!

W. A.

Am Samstag, den 19.10.2019, fand im Mannheimer Gewerkschaftshaus die 6. bundesweite Tagung „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ statt. Rund einhundert Menschen aus sehr unterschiedlichen Bereichen nahmen an der Konferenz teil.

Mit „Verdachtskündigungen“, mit Bespitzelung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes wird zunehmend gegen engagierte Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen vorgegangen. In der Folge kommt es bei Betroffenen zu schweren depressiven Erkrankungen und sogar zu Selbstmordversuchen. Nicht zuletzt entstehen existenzbedrohende finanzielle und familiäre Probleme.

Diese skandalösen Rechtsbrüche haben Unternehmensleitungen und ihre Helferhelfer in spezialisierten Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen und Detekteien zu verantworten.

Bedrohliche Entwicklung

In der Öffentlichkeit wird diese bedrohliche Entwicklung bisher jedoch kaum wahrgenommen.

Auf der Konferenz kamen aktuelle Beispiele der Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung in Deutschland zur Sprache. Ein Schwerpunkt war jedoch vor allem die Diskussion über eine erfolgreiche Abwehr des Betriebsrats-Mobbings und die Stärkung von gewerkschaftlicher Gegenmacht.

Julia Friedrich (Bezirksgeschäftsführerin des DGB Baden-Württemberg) erläuterte die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie unterstrich die Notwendigkeit, gegen die fortgesetzten Rechtsbrüche seitens der Mobbing-Branche vorzugehen.

Isaf Gün und Heike Madan vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt referierten zum Thema „Die IG Metall - aktiv gegen Mobbing von Betriebsräten“. Die mit 2,3 Millionen Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft des DGB hat vor vier Jahren begonnen, sich kontinuierlich mit Analyse und Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung zu beschäftigen.

Klaus Stein (1. Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim) setzte sich mit der Frage „Was macht die Gewerkschaft vor Ort?“ auseinander. Er betonte die Notwendigkeit einer aktiven und aktivierenden Gewerkschaftsarbeit, um demokratische Rechte und gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit in Unternehmen verteidigen zu können.

Oliver Thünken (Technische Universität Chemnitz) stellte erste Ergebnisse aus dem laufenden Forschungsprojekt „Kampf um die Mitbestimmung“ vor. Die Studie belegt wissenschaftlich, wie durch systematische und frühzeitige Unterstützung der Betroffenen Angriffe auf Interessenvertretungen erfolgreich abgewehrt werden können.

Vorschläge für Gegenwehr

Weitere Themen der Versammlung waren konkrete Vorschläge für

eine wirksame Gegenwehr im Betrieb und ein intensiver Erfahrungsaustausch über den erfolgreichen Aufbau von Netzwerken gegen BR-Mobbing.

Eine einstimmig verabschiedete EntschlieÙung kritisiert, dass „Politik, Medien und Justiz [...] sich nur in seltenen Ausnahmefällen mit dem illegalen Treiben der Branche der BR-Mobber und Gewerkschaftsgegner“ befassten. Diese fühlten sich dadurch „in ihrem kriminellen Verhalten bestärkt“.

Und weiter heißt es: „Zum einen werden demokratisch gewählte betriebliche Interessenvertretungen von vorneherein verhindert. Zum anderen wird die Arbeit bereits existierender Gremien bewusst gestört und in der Konsequenz unmöglich gemacht. Damit verbunden sind in der Regel Angriffe auf die gewerkschaftliche Organisation am Arbeitsplatz, auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und auf die Tarifbindung.“

Da solche Rechtsbrüche meist ungeahndet blieben, wagten „viele Aktive in der Folge nicht oder nicht mehr, sich für ihre verbrieften demokratischen Grund- und Menschenrechte einzusetzen. Das ‚Recht des Stärkeren‘ wird zu einer Alltagserfahrung. Es gilt immer mehr als ‚Normalität‘ – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern zudem auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft.“

Organisiert wurde die spannende Konferenz vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ in Kooperation mit IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, Überbetrieblichem Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

Am 17.10.2020 soll eine weitere Folgekonferenz in Mannheim stattfinden. ■



Podium der Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 19. Oktober 2019.

EntschlieÙung der 6. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“

Schluss mit der Bekämpfung von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen!

Den fortgesetzten Rechtsbruch stoppen!

BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung haben Konjunktur. In der Öffentlichkeit wird – wenn überhaupt – nur die Spitze des Eisbergs wahrgenommen. Politik, Medien und Justiz befassen sich nur in seltenen Ausnahmefällen mit dem illegalen Treiben der Branche der BR-Mobber und Gewerkschaftsgegner. Diese fühlen sich dadurch in ihrem kriminellen Verhalten bestärkt – und machen sehr einträgliche Geschäfte.

Die persönlichen Folgen des BR-Mobbing für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sind verheerend. Ihre Gesundheit, ihr soziales Umfeld, ihre berufliche Existenz und damit ihr Leben werden durch skrupellose und menschenverachtende Machenschaften zerstört.

Auch auf der gesellschaftlichen und politischen Ebene sind die Folgen von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung extrem negativ. Zum einen werden demokratisch gewählte betriebliche Interessenvertretungen von vorneherein verhindert. Zum anderen wird die Arbeit bereits existierender Gremien bewusst gestört und in der Konsequenz unmöglich gemacht. Damit verbunden sind in der Regel Angriffe auf die gewerkschaftliche Organisation am Arbeitsplatz, auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und auf die Tarifbindung.

Da diese Rechtsbrüche meist ungeahndet bleiben, wagen viele Aktive in der Folge nicht oder nicht mehr, sich für ihre verbrieften demokratischen Grund- und Menschenrechte einzusetzen. Das „Recht des Stärkeren“ wird zu einer Alltagserfahrung. Es gilt immer mehr als „Normalität“ – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern zudem auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft.

GroÙe Gewerkschaften wie IG Metall und ver.di haben sich ebenso wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in den letzten Jahren zunehmend mit dieser sehr bedrohlichen Entwicklung befassen müssen.

Es ist inzwischen erfreulicherweise eine Reihe von Beschlüssen zum Thema BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung gefasst worden. Aber für ihre Umsetzung und die kontinuierliche Entwicklung eines praktisch wirksamen und entschlossenen Widerstands gegen BR-Mobber und Gewerkschaftsfeinde gibt es noch viel Spielraum.

Wir bekräftigen deshalb nicht nur unseren *Mannheimer Appell gegen BR-Mobbing* vom 11. Oktober 2014, sondern wir fordern zudem den DGB und die Einzelgewerkschaften auf,

- allen Betroffenen schnelle und spürbare Unterstützung auf allen Ebenen zu gewähren
- aktive Einsatzgruppen gegen BR-Mobbing zu bilden
- und strategisch aktive betriebliche Gegenmacht zu fördern.

Unsere von BR-Mobbing betroffenen Kolleginnen und Kollegen fordern wir auf:

- Stärkt Eure betriebliche und überbetriebliche Organisation und Vernetzung!
- Verlangt öffentlich die Solidarität, die Euch zusteht!

Allein machen sie Dich ein! Nur gemeinsam sind wir stark!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 6. bundesweiten

Konferenz

„Betriebsräte im Visier“

Mannheim, den 19. Oktober 2019



Plenum der Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 19. Oktober 2019.

Foto: helmut-roos@web.de.

Unsere Gesundheit ist mehr wert als ihre Profite!

C. H.

Seit Jahrzehnten treiben die Herrschenden im Gesundheitswesen die Diktatur der Zahlen voran. Sie ist gegen die Interessen der Beschäftigten und der Kranken gerichtet.

Folgen dieser Strategie sind:

- Die Privatisierung von Krankenhäusern, die sich dann an Gewinnzielen orientieren statt sich um ausreichendes Personal und bessere Pflege zu kümmern.
- Unnötige Operationen, die nur aus Profitgründen durchgeführt werden.
- Mangelnde Hygiene und schlechte Behandlungsqualität, weil Personal fehlt oder in Billigfirmen ohne Tarifbindung ausgelagert worden ist.

Die Misere im Gesundheitswesen betrifft alle dort Beschäftigten und nicht zuletzt die kranken Menschen. In der Pflege ist die Dauerbelastung durch den massiven Personalabbau in den letzten Jahren unerträglich geworden. Die Beschäftigten werden krank oder kündigen. Die Gesundheit der Kranken und Pflegebedürftigen wird gefährdet, und deren Angehörige sind oft überfordert. Für die wichtige Arbeit vieler Berufsgruppen werden durch Ausgründungen Löhne gezahlt, die kaum zum Überleben reichen und unweigerlich in die Altersarmut führen.

Nein zur Profitorientierung im Gesundheitswesen!

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Daher muss das Ziel eine bedarfsorientierte Versorgung der Bevölkerung sein. Das Wohl der Kranken muss im Mittelpunkt stehen und nicht, welche Fallpauschale für die Abrechnung am günstigsten ist. Deswegen unterstützen wir die Bündnisse gegen den Pflegenotstand.

Die Auseinandersetzung beginnt im Krankenhaus. Aber es geht noch um mehr. Die gesellschaftlichen Aufwertungen von Pflege- und Sorgearbeit sind ebenso erforderlich wie gute Arbeitsbedingungen und gute Entgelte. Wir brauchen also ein ganzheitliches Gesundheits-, Pflege- und Sozialsystem für alle als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Gesundheit darf keine Ware sein!

Deshalb fordern wir:

- Eine gesetzliche Personalbemessung,
 - die sich nicht an Untergrenzen, sondern an den tatsächlichen Bedürfnissen der Kranken bemisst,
 - die für alle Stationen und Bereiche in der Früh-, Spät- und Nachtschicht gültig ist,
 - die ausschließlich durch ausgebildetes Fachpersonal garantiert wird,
 - und die stationsbezogen, transparent und verbindlich umgesetzt wird.
- Tarifbindung und angemessene Löhne für alle Berufsgruppen im Krankenhaus.
- Mehr Qualität in der Ausbildung
 - durch verbindliche Praxisanleitung und unbefristete Übernahmen,
 - Qualifizierungsangebote und Anerkennung von Berufserfahrung.
- Bedarfsorientierte Krankenhausplanung und nachhaltige Investitionsförderung durch die Länder.

- Gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen.
- Abschaffung der Fallpauschalen (DRG/PEPP) – Wettbewerbs- und Profitlogik haben in Krankenhäusern und im Gesundheitswesen nichts zu suchen!
- Rekommunalisierung privatisierter Häuser und ausgegliederter Bereiche – auch durch Enteignung (Art 14 und 15 GG).
- Anerkennung von Gesundheitsversorgung als gesellschaftliche Grundaufgabe, die unter demokratischer Kontrolle von Belegschaften und Bevölkerung zu stehen hat.

Bewegung für Veränderungen

Die bundesweiten Tarifikämpfe, zahlreiche Aktionen und die Volksbegehren für mehr Krankenhauspersonal in Berlin, Hamburg, Bayern und Bremen haben die GroKo unter Zugzwang gesetzt. Die Herausnahme der Pflegepersonalkosten aus den Fallpauschalen (DRG) ist jedoch ein Versuch der Bundesregierung, ohne Änderung der Profitorientierung im Gesundheitswesen Druck abzulassen. Dabei besteht die Gefahr der Einführung von Pflegepauschalen, die dem Diktat der Profitmaximierung nicht standhalten können. Daher müssen die DRGs durch eine bedarfsgerechte Finanzierung ersetzt werden.

Grundpfeiler der Bewegung

Grundlage für eine starke Bewegung für mehr Personal in Krankenhäusern ist die betriebliche Auseinandersetzung. Nur wenn es Kämpfe in den Häusern gibt, kann eine gesellschaftspolitische Bewegung zu nennenswerten Veränderungen führen.

- Daher unterstützen wir Streiks und Kämpfe der Beschäftigten.
- An den Krankenhäusern, die keine ausreichende Streikbereitschaft haben, unterstützen wir die Organisierung der Beschäftigten.
- Dort, wo sich die Gewerkschaft ver.di nicht ausreichend für die Interessen der Beschäftigten einsetzt und sogar Streiks verhindert, unterstützen wir den Kurswechsel für kämpferische Mehrheiten in ver.di.

Neben den betrieblichen Kämpfen benötigen wir eine starke politische Bewegung auf der Straße. Wir arbeiten im Rahmen der Bündnisse für mehr Personal im Krankenhaus aktiv mit. Die Vernetzung unserer Bündnisse ist notwendig, um unsere Forderungen auf Bundesebene durchzusetzen. Sie ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer breiten und starken Gesundheitsbewegung, die sich auch international organisieren muss. ■



Warnstreik am Uniklinikum Heidelberg, 25. Januar 2018.

Foto: Avanti?

Angriffskrieg Erdogans in Nordsyrien

Deutsche Waffenlieferungen und Finanzhilfe stoppen!

H. S.

Im Oktober haben in Mannheim mehrere Protestaktionen stattgefunden. Sie richteten sich gegen den Überfall der türkischen Armee und ihrer Hilfstruppen aus terroristischen Glaubenskriegern auf Nordsyrien.

Zuletzt haben am Samstag, den 26.10.2019, rund 1.200 Menschen ihre Verbundenheit insbesondere mit der kurdischen Bevölkerung in Nordsyrien demonstriert. Veranstalter der Aktion war das Bündnis „Stoppt den türkischen Angriffskrieg in Nordsyrien! Solidarität mit Rojava!“. An ihm ist auch die ISO/IV. Internationale Rhein-Neckar aktiv beteiligt.

Stadt verbietet Demo

Die Demo, an der zum größten Teil Menschen mit kurdischen Wurzeln teilgenommen haben, war zunächst von der Stadt Mannheim aus „Sicherheitsgründen“ verboten worden. Lediglich eine Kundgebung wollte die zuständige Stelle erlauben. Diese Einschränkung des Demonstrationsrechts war mit vermuteten Konflikten zwischen türkischen Nationalisten und „emotionalisierten“ Kurden begründet worden.

Dieser Argumentation ist jedoch das von den Veranstaltern angerufene Verwaltungsgericht in Karlsruhe nicht gefolgt. Es hat die Demo am Samstagvormittag erlaubt. Allerdings hat das von der Stadt zunächst verhängte Verbot offenbar viele Menschen verunsichert und von der Teilnahme an dem Protestmarsch abgehalten.

Nicht abgehalten wurde dagegen die Polizei. Sie war mit einem riesigen Aufgebot von „einigen Hundertschaften“ vor Ort, das die Aktion von der Bevölkerung abschirmte. Hier sollte wohl für die Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, der Staat müsse eine „gewaltbereite Menge“ im Zaum halten.

Trotzdem friedlicher Verlauf

Dass die Demonstration trotzdem völlig friedlich geblieben ist, ist darauf zurückzuführen, dass die Teilnehmenden sich sehr besonnen verhielten und sich nicht haben provozieren lassen.

Kurze Redebeiträge bei der Auftaktkundgebung vor dem Schloss informierten über die Situation in Nordsyrien.

Der anschließende Demonstrationzug bewegte sich durch die Breite Straße zum Alten Meßplatz. Auf der Abschlusskundgebung sprachen Ali Atalan, ehemaliger Abgeordneter der HDP (Demokratische Partei der Völker) im türkischen Parlament, sowie Gökay Akbulut, Bundestagsabgeordnete der Partei die Linke.

Demokratisches Rojava im Visier Erdogans

Leider ist eine große Unterstützung der Demo durch die Mannheimer Bevölkerung weitgehend ausgeblieben. Dies ist umso bedauerlicher, als der völkerrechtswidrige Angriffskrieg zum einen die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung und zum anderen die Zerstörung des demokratischen Projektes Rojava zum Ziel hat.

Rojava ist die einzige Region im Nahen Osten, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft und Glaubensrichtungen trotz Krieg friedlich zusammenleben und ihren Alltag basisdemokratisch organisieren. Dies ist Erdogans autoritärem Regime ein Dorn im Auge.

Mit der Vernichtung des Projektes Rojava will es verhindern, dass der demokratische Funke auf die kurdischen Regionen der Türkei überspringt.

Deutsche Waffen, deutsches Geld ...

Deutschland ist mit seinen Waffenlieferungen und anderen Formen der Unterstützung des Erdogan-Regimes an diesem schmutzigen Krieg mindestens indirekt beteiligt.

Unter anderem hat das ARD-Magazin *Kontraste* die Zusammenarbeit der Türkei mit fundamentalistischen Milizen nachgewiesen, die für Kriegsverbrechen verantwortlich sind.

Viele Beobachter fürchten zudem eine Wiederbelebung der islamistischen Terrororganisation IS (Daech). Sie ist durch den mutigen Einsatz kurdischer Einheiten militärisch zwar weitgehend besiegt worden. Offenbar will aber das Erdogan-Regime die Rückkehr des IS (Daech) ermöglichen und die profitablen Geschäftsbeziehungen mit dieser Killertruppe wiederbeleben.

Es ist erforderlich, dass noch mehr Menschen ihre Stimme gegen die heuchlerische Türkei-Politik der Bundesregierung erheben. Menschenrechte sind unteilbar! Wir sind aufgefordert, die kurdische Bevölkerung zu verteidigen.

Das ist eine moralische Pflicht, denn 11.000 Mitglieder der kurdischen Verteidigungstruppen haben ihr Leben im Kampf gegen den IS (Daesh) verloren.

Das ist aber auch eine politische Pflicht. Das kurdische Volk hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Zusammenleben in Frieden und Freiheit und auf einen eigenen Staat. Die Bundesregierung muss deshalb den sofortigen Stopp der Waffenlieferungen und der Finanzhilfe an das Erdogan-Regime beschließen. ■



Protest in Mannheim gegen Erdogans Überfall auf Nordsyrien, 12. Oktober 2019.

„Faschisten auf der Überholspur? Wie ist die Nazi-Offensive zu stoppen?“

M. G.

Das war das Thema unseres ISO-Diskussionsabends am 25. Oktober. Die Blutspur des Nazi-Terrors und die Wahlerfolge der AfD sind Alarmsignale.

Viele Fragen drängen sich in diesem Zusammenhang auf. Warum kann die braune Gefahr so bedrohlich anwachsen? Was sind die sozialen und die politischen Ursachen? Welche Rolle spielen der Neoliberalismus und die etablierte Politik? Vor allem aber: Wie und mit wem sind die Nazis zu stoppen?

Niederträchtige Hetzkampagnen

Seit Jahren sind wir mit niederträchtigen Hetzkampagnen rechter Kreise konfrontiert. Sie organisieren und unterstützen Terror. Sie schüren Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. In den letzten Monaten haben sie ihre Kampagnen noch einmal gewaltsam verstärkt.

Ihre Hassobjekte sind vor allem die Ärmsten der Armen. Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung, Ausbeutung, Armut und Perspektivlosigkeit fliehen.

Rassismus als Spaltpilz

Vordergründig geht es den Rechten und Ultrarechten um Wahlerfolge. Strategisch geht es ihnen um die Beseitigung unserer demokratischen und sozialen Grund- und Menschenrechte.

Sie bauen mit Rassismus Sündenböcke (die MigrantInnen) auf und vertiefen die Spaltung der arbeitenden Klasse (deutsche Arme gegen ausländische Arme). Sie lenken damit von der hemmungslosen Bereicherung an der Spitze der Gesellschaft ab.

Im Dienst des neoliberalen Kapitalismus

Das ist ganz im Sinne des neoliberalen Kapitalismus, der alle Hindernisse der Profitmaximierung abräumen will. Mit der „Digitalisierung“ streben Kapital und Politik eine grundlegende Transformation der Arbeitswelt an.

Durch die beschleunigte Prekarisierung, Verlagerung, Vernichtung und Zerstückelung von Arbeit soll das Kräfteverhältnis noch massiver zu Gunsten des Kapitals verschoben werden. Die verbliebene Schutzmacht von Gewerkschaften soll entscheidend geschliffen werden.

Umverteilung von unten nach oben

In Deutschland und der EU wurden und werden aufgrund der neoliberalen Umverteilungspolitik enorme Mittel für gesellschaftliche Solidarität gekürzt. Statt der dringend erforderlichen öffentlichen Investitionen wurden und werden vor allem die Interessen der Konzerne und Reichen bedient. Statt Arbeit, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Kultur, Pflege, Umweltschutz und Wohnungsbau wirksam zu fördern, erhält die grenzenlose Bereicherung der herrschenden Klasse weiter Vorfahrt.

Globaler Kapitalismus

Soziale Spaltung, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und Unterdrückung sind die Folgen dieser Politik. Und nicht zuletzt der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg rechter und faschistischer Parteien und Bewegungen, die als „Populismus“ verharmlost werden.

Die Konzentration von Reichtum hat nie gekannte Dimensionen

angenommen. 147 Konzerne beherrschen die Weltwirtschaft. Diese wird durch rund 2.220 Clans von Multimilliardären kontrolliert. 70 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Armut, Unterdrückung, Kriegen und den Folgen des Klimawandels. Atomwaffen verstärken die Gefahr des Umschlagens „konventioneller“ Kriege in eine Massenvernichtung bisher unbekanntes Ausmaßes. Die Klimakatastrophe bedroht unsere Existenz.

Kurz gesagt: Das durch die Profitmaximierung verursachte globale Chaos hat sehr bedrohliche Dimensionen angenommen. Es stärkt zudem das Bedürfnis der Herrschenden nach direkteren Herrschaftsmethoden zur Durchsetzung ihrer Interessen.

200 Millionen für die AfD

In Deutschland bietet sich immer offener die AfD für diese letztendlich faschistische Perspektive an. Diese Partei stellt derzeit mit über 90 Abgeordneten die drittstärkste Fraktion im Bundestag. In der Wahlperiode bis 2021 stehen ihr mehr als 200 Millionen Euro für Personal in der Fraktion und für Mitarbeitende im Bundestag und den Wahlkreisbüros zur Verfügung.

Sie kann mit diesem Geld etwa 350 Stellen besetzen. Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass die Allianzen dieses politischen Apparats mit neofaschistischen Kreisen immer enger werden.

Verantwortung der Linken

Welche Verantwortung tragen die Linken und die Gewerkschaften für den aktuellen Rechtsruck? Haben sie sich zu sehr um identitätspolitische und kulturelle Fragen und zu wenig um die existenziellen Probleme der Lohnabhängigen und Prekarisierten gekümmert?

Diese Kritik ist nicht von der Hand zu weisen. Zudem haben viele Linke und gewerkschaftlich Aktive noch immer nicht die Ursachen des historischen Scheiterns von Sozialdemokratie und Stalinismus verstanden, das die alte Arbeiterbewegung zerstört hat. Die verbliebene Minderheit der zersprengten revolutionären Linken ist zudem eher mit sich selbst und ihren internen Debatten beschäftigt.

Stattdessen sind vereinheitlichende, in der Öffentlichkeit wirksame Initiativen erforderlich. Sie müssen elementare Klassenfragen wie den Kampf gegen Armut glaubwürdig beantworten. Solange Linke und gewerkschaftlich Aktive das nicht verstehen, werden sie sich weiter um sich selbst drehen und sich von den Rechten endgültig ihr „Kronjuwel“ (so AfD-Führer Höcke) entreißen lassen.

Was tun?

Der Aufwärtstrend der AfD kann nur durch eine konsequente antikapitalistische Politik gebrochen werden. Die Linke und die Gewerkschaften müssen sowohl die Klimafrage als auch die soziale Frage beantworten. Dazu bedarf es einer Mobilisierung vor allem der gewerkschaftlich organisierten Teile der arbeitenden Klasse und der Jugend. Nur so kann der Widerstand gegen alle neoliberalen Spaltungspolitiken entwickelt werden.

Es ist höchste Zeit aufzustehen und aktiv zu werden für die Verteidigung unserer Grund- und Menschenrechte! ■

Vor 50 Jahren Wilde Streiks in Deutschland

M. G.

Im Herbst 1969 wurde die etablierte Sozialpartnerschaft in der Bundesrepublik Deutschland schwer erschüttert. Den entscheidenden Anstoß zur Entfaltung eines Flächenbrands hatte die Belegschaft bei Hoesch in Dortmund gegeben.

Mit ihrer spontanen Arbeitsniederlegung am 2. September forderte sie eine Erhöhung der Stundenlöhne um 30 Pfennige. Die Unternehmensleitung knickte angesichts der massiven Protestaktion kurze Zeit später ein.

In den folgenden Wochen sprang der Funke auf zahlreiche Betriebe im Bergbau, in der Stahlindustrie und in anderen Branchen über. Hunderttausende streikten ohne auf die Regulierungsvorgaben für Tarifaueinandersetzungen Rücksicht zu nehmen. Kapitalverbände und Gewerkschaftsapparate waren von der Entwicklung völlig überrascht.

Ein großer Erfolg der spontanen Arbeitsniederlegungen war, dass durch sie für über 8 Millionen Beschäftigte zusätzliche Lohnerhöhungen durchgesetzt werden konnten. Noch bedeutender war aber, dass sich große Teile der gewerkschaftlich organisierten Klasse ihrer Stärke bewusst wurden. Dies wirkte sich positiv auf viele andere betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe bis in die erste Hälfte der 1980er Jahre aus. ■

Wilder Streik?

**Streik ohne
Unterstützung des
Gewerkschaftsapparats.
Meist spontan
und unorganisiert.**

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 05.11.2019, 11:00 Uhr, Demo und Warnstreik Uniklinik, Neuenheimer Feld HD
- MI, 06.11.19, 19:00 Uhr, 1968/1969 – Die APO und die Folgen, Ökumenisches Bildungszentrum sanctclara, 3. OG, MA
- FR, 08.11.19, 18:00 Uhr, Hommage an Rosa Luxemburg, Abendakademie MA
- DO, 14.11.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 16.11.2019, 13:00 Uhr, ISO-Herbstausflug
- SA, 16.11.2019, 18:00 Uhr, „Mannheim hilft“, Kultur für Seenotrettung von Flüchtlingen, Citykirche Konkordien, MA
- MI, 19.11.2019, 12:00 Uhr, „Ciber Amazonas“, Jugend und Frauen Amazoniens, Hochschule Mannheim, Fakultät für Sozialwesen, Raum C/311/12
- FR, 22.11.2019, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- DO, 28.11.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 29.11.2019, Internationaler Klima-Aktionstag

Vorschau

- MI, 04.12.2019, 19:00 Uhr, Solidarische Stadt für alle, Gewerkschaftshaus MA
- SA, 21.12.2019, 17:00 Uhr, ISO-Jahresendfeier MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

